

DIE AUFNAHME DER FLÜCHTLINGE

Ungarn feiert dieses Jahr den 30. Jahrestag der Wende, und aus diesem Anlass stellt das Ungarische Nationalmuseum während des ganzen Jahres unter der Bezeichnung *Unsere gemeinsame Zeit – 1989* mittels einer Veranstaltungsreihe im Rahmen seiner Tätigkeit die wichtigsten Ereignisse, Personen und die für die Zeit typischen Objekte vor.

Im vergangenen halben Jahr fanden im Museum verschiedene Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Wende statt, und nach den Podiumsdiskussionen, Blitzausstellungen, Aufforderungen zur Sammlung zeitgenössischer Objekte, den Aktionen auf unserer Onlinepräsenz und unseren Medienaktivitäten möchten wir nun eines der bedeutendsten und entscheidendsten Ereignisse, die Aufnahme der ostdeutschen Flüchtlinge, die Grenzöffnung und den Abbau des eisernen Vorhangs mittels der bisher größten Ausstellung dieser Veranstaltungsreihe näherbringen.

Diese Ausstellung ist das Ergebnis der Zusammenarbeit des Ungarischen Nationalmuseums und des Ungarischen Malteserhilfswerks. Dabei feiern wir auch den dreißigsten Jahrestag des Ungarischen Malteserhilfswerks, das offiziell am 4. Februar 1989 gegründet wurde. Die Gründerinnen und Gründer ahnten wohl kaum, dass das Hilfswerk schon im ersten Jahr seines Bestehens eine geschichtsträchtige Aufgabe übernimmt, sich an der Versorgung der ostdeutschen Flüchtlinge beteiligt und mit dieser karitativen Tätigkeit einen wichtigen Beitrag zur Demontage des eisernen Vorhangs und zur deutschen Wiedervereinigung leistet.

Als Motto dienen uns dazu die Worte von Pater Imre Kozma, des Leiters des Ungarischen Malteserhilfswerks, aus seiner Ansprache zum 25. Jubiläum der Einrichtung:

„...Auf die damaligen Ereignisse habe wir die einzig mögliche Antwort gegeben, und diese Antwort war die Aufnahme der Flüchtlinge. Damals haben wir etwas gelernt, die Wichtigste aller Wahrheiten: der Mensch ist des Menschen Bruder, und Vorurteile und gegenteilige Interessen können die Menschen nicht entzweien.“

30 JAHRE UNGARISCHES MALTESERHILFSWERK

Für die „Freiwilligen der Nächstenliebe“ ging die Arbeit auch nach dem November 1989 weiter.

Zu Beginn der neunziger Jahre, nach der Revolution in Rumänien und den Jugoslawienkriegen nahm die öffentliche Meinung diese wahrhaftigen, handfesten Bekenntnisse der Solidarität wahr und wandte sich vertrauensvoll an das Hilfswerk. Die Regierungsbehörden haben dem Hilfswerk zahlreiche Aufgaben übertragen, die von den Einrichtungen in der öffentlichen Verwaltung bzw. im Sozial- und Gesundheitswesen nicht oder nur teilweise erfüllt werden konnten.

Auch heute, 30 Jahre nach der Gründung erfüllen wir diesen Auftrag, dessen Umfang von Jahr zu Jahr wächst und sich vertieft. Zur Zeit stehen mehr als zweitausend Vollzeitmitarbeiter, sechstausend Freiwillige und zweihundertfünfzig Einrichtungen im Dienst der Bedürftigen Ungarns und des Karpatenbeckens, sowie außerhalb unserer Landesgrenzen in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten. Heute sind die „Malteser“ eine der größten karitativen Einrichtungen mit einem der weitreichendsten Tätigkeitsbereiche.

DER PLATTENSEE – ZWISCHEN OST UND WEST

Der Bau der **Berliner Mauer** (1961) hatte nur für kurze Zeit die völlige Isolation der ostdeutschen Bevölkerung vom Westen zur Folge. Die entzweigerissenen Familien fügten sich nicht in ihr Schicksal, sondern suchten nach Möglichkeiten, sich zu treffen bzw. in den Westen zu reisen. So wurde Ungarn zum Treffpunkt des geteilten Deutschlands.

Die deutsch-deutschen Beziehungen verschoben sich nach dem Mauerbau ins Ausland, zu einem Zeitpunkt, als sich die Lebensqualität in Ungarn im Vergleich zu den anderen sozialistischen Ländern erheblich verbesserte. Vom Beginn der 1960-er Jahre standen dadurch in Ungarn Dienstleistungen in vergleichsweise höherer Qualität zur Verfügung, die dem Geschmack und den Erwartungen westlicher Touristen entsprachen und die Besucher aus dem Osten geradezu überwältigten. Über private Kanäle gelangten Zeitschriften, Modeblätter, Kleidung, Kosmetik und Schallplatten aus dem Westen nach Ungarn und vermittelten einen ersten Eindruck von der Lebensqualität im Westen, gegen den jede politische Propaganda wirkungslos blieb. In den 1980-er Jahren waren **westliche Presseerzeugnisse** in Budapest und am Balaton auch offiziell erhältlich.

Ostdeutsche Urlauber konnten aufgrund des Abkommens über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr zwar ohne Visum, aber mit einer auf Antrag ausgestellten sogenannten „Reiseanlage für den visafreien Reiseverkehr“ nach Ungarn reisen, die sie im Allgemeinen zu einem Aufenthalt von 20 Tagen berechnete. Dieses Abkommen verfügte auch, dass die Vertragsparteien Bürgerinnen und Bürger des anderen Staates ohne gültige Reisedokumente nicht in Drittstaaten ausreisen lassen. Wegen der attraktiven „westlichen“ Lebensart und der Möglichkeit, **sich mit Verwandten aus der BRD zu treffen**, fuhren ab Ende der sechziger Jahre immer mehr Urlauber nach Ungarn, vor allem an den Plattensee.

Im Sommer 1989 suchte eine wachsende Zahl von DDR-Bürgern die Botschaft der BRD in Budapest auf, um Hilfe für die Umsiedelung in die Bundesrepublik zu beantragen, was in den Jahren zuvor zahlreichen Mitbürgerinnen und -bürgern bei der Botschaft der BRD und anderer Staaten in Ostberlin gelungen war. 1988-89 überrannten DDR-Bürger die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau, die deutsche Vertretung in Ostberlin und sogar die dortige dänische und die amerikanische Botschaft, wo sie ihre Ausreise praktisch erzwangen.

Eine der ersten Nachrichten darüber erhielt die **ostdeutsche Staatssicherheit** mit Datum vom 10. Juli 1989 aus Budapest, die sie informierte, dass sich am 6. Juli 40 DDR-Bürger in der bundesdeutschen Botschaft aufhielten, für deren Unterbringung die Botschaft ein Haus mieten wolle. Eine undatierte, in Ostberlin abgefasste Notiz berief sich auf Angaben vom 3. August, wonach sich 158 DDR-Bürger in der Budapester Botschaft der BRD aufhielten. Im Sommer 1989 wurde eine Lösung für die Lage der ostdeutschen Urlauber immer dringlicher. Das Ende der Sommerferien näherte sich, und es stellte sich die Frage, wie viele der ihren Urlaub hier verbringenden DDR-Familien von einem Tag auf den anderen zu Flüchtlingen würden, wenn sie zum Ferienende **nicht nach Hause zurückkehren**.



TAUSENDE IN DEN LAGERN DES UNGARISCHEN MALTESERHILFSWERKS

Die Malteser sind in Ungarn im Allgemeinen für Spendensammlungen, Obdachlosenhilfe und Essensverteilung bekannt. Dabei ist ihre Geschichte älter und ihr Tätigkeitsbereich umfassender. Der Verein Ungarisches Malteserhilfswerk, wie der offizielle Name lautet, wurde unter der Leitung von **Pater Imre Kozma** mit 31 Gründungsmitgliedern am 4. Februar 1989 gegründet und vom Budapester Gericht am 10. Februar unter der Laufnummer 10 registriert. Er ist also eine der ersten eingetragenen nichtstaatlichen Organisationen in Ungarn. Die Vereinsform erleichterte es, die immer zahlreichere eintreffenden Hilfsgüter aus der Bundesrepublik zu verteilen. Motor der Initiative war die in Deutschland lebende gebürtige Ungarin **Csilla von Boeselager**. Der Mittelpunkt der **humanitären** Aktionen befand sich in der von Pater Imre Kozma geleiteten Pfarrei Heilige Familie im Budapester Stadtteil Zugliget.

Im Laufe des Jahres 1989 wuchs die Zahl der DDR-Bürgerinnen und Bürger, die versuchten, über die seit dem Rückbau der Grenzschutzanlagen nunmehr grüne Grenze in den Westen und meist weiter in die BRD als Land der Hoffnung und der Freiheit zu gelangen, auf mehrere hunderttausend. Im August weitete sich die Lage in Budapest wegen der hohen Zahl an Ostdeutschen, die sich weigerten, nach Hause zurückzukehren, zu einer **Flüchtlingskatastrophe** aus. Die Pfarrgemeinde von Pater Kozma war auch unter den Helfenden.

Am 13. August 1989 verhandelten Csilla von Boeselager und westdeutsche Botschaftsvertreter im Budapester Konsulat über eine Lösung. Zur gleichen Zeit bat der Konsul Pater Kozma bei der Unterbringung und der Verpflegung der ostdeutschen Flüchtlinge mitzuwirken. Am nächsten Tag kamen Lastwagen mit Zelten und weiteren Gütern an, und auf dem Gelände der Kirche entstand das erste Flüchtlingslager. Kurz danach wurden auf zwei nahegelegenen Zeltplätzen und im Pionierlager Csillebérc weitere Lager eröffnet. Das eben erst gegründete **Ungarische Malteserhilfswerk** fand sich inmitten gesichtssträchtiger Ereignisse wieder: während dreier Monate **versorgte es 48 600 Menschen**, was die größte humanitäre Hilfsaktion des damaligen Europas darstellte.

Mitglieder der Pfarrei und Freiwillige der Malteser verteilten Lebensmittel und Kleider. Pater Imre Kozma erinnerte sich mit diesen Worten an die Zusammenarbeit: „Ich habe Kantinen, Restaurants, Arbeiterwohnheime und Hotels angerufen und ihnen erklärt, worum es geht. Von da an brachten sie massenweise Essen, und niemand hat gefragt, wann und wie wir zahlen werden...“ Die Stabilität der **Versorgung** wurde auch von der Küche des nahegelegenen Szent-János-Krankenhauses unterstützt, die täglich warmes Essen lieferte. Die deutschen Hilfsgüter beinhalteten auch Nasszellencontainer.

Die Flüchtlinge erhielten nicht nur zu essen und zu trinken, sondern auch Verständnis und Ermutigung. Aus Angst vor der ostdeutschen Staatssicherheit vertrauten sie aber oft nicht einmal einander. Und das nicht ohne Grund: die Stasi quartierte sich in der Wohnung gegenüber dem Haupteingang des Lagers ein, verfolgte das Geschehen mit Ferngläsern und fotografierte die Ereignisse. Sogar im Lager hatte sie eingeschleuste Leute, die Bericht erstatteten. Es kamen fortlaufend



weitere Flüchtlinge an. Die Nachricht über das Lager verbreitete sich, und die westdeutschen Nachrichtensendungen berichteten ebenfalls über die Ereignisse auf dem Grundstück des unverwechselbaren Kirchengebäudes. Die westdeutsche Botschaft schickte Interessenten ebenfalls hierher. Da die Flüchtlinge es nicht wagten, das Lagergelände zu verlassen, wurde in der Garage der Kirche bald ein **Konsulatsbüro** eingerichtet. Hier erhielten Personen deutscher Abstammung den Gesetzen entsprechend einen (westdeutschen) Pass. Viele wollten nämlich legal in die Bundesrepublik einreisen und ein neues Leben anfangen. Andere brachen mit heimlich kopierten Landkarten nachts zur österreichischen Grenze auf. An ihre Stelle rückten andere Familien nach.

Am 11. September 1989 öffnete Ungarn die Grenzen für DDR-Bürger Die Sendung über den Beschluss wurde von den Lagerbewohnerinnen und -bewohnern in angespannter Stimmung verfolgt. Am ersten Tag verließen 1200 ostdeutsche Flüchtlinge das Gelände der Kirche von Zugliget und reisten mit Bussen aus Wien nach Passau. An den nächsten Tagen erschienen jeweils mittags die „Wiener Busse“ und brachten die Gäste in die Bundesrepublik. Die letzten Flüchtlinge verließen die Budapester Lager am 14. November 1989. Für die „Freiwilligen der Nächstenliebe“ ging die Arbeit weiter.

GREZZZWISCHENFÄLLE

DIESSEITS UND JENSEITS DER GRÜNEN GRENZE

Die bei **Grenzverletzungen gefassten** ostdeutschen Staatsangehörigen wurden aufgrund eines seit 1957 bestehenden Rechtshilfeabkommens und aufgrund von Rahmenvereinbarungen der Staatssicherheitsdienste zunächst für 30 Tage in Untersuchungshaft genommen. Dann wurden sie vom ungarischen Staatssicherheitsdienst den in Ungarn stationierten Vertretern des Staatsschutzes der DDR, der Stasi, übergeben. Auf die Festgenommenen wartete in der DDR ein mindestens ein-zweijähriges **Strafverfahren und eine Gefängnisstrafe**, während ihre Familien verschiedenen Retorsionen ausgesetzt waren. Im ersten Halbjahr 1989 gelang trotz verstärkter Kontrollen immer mehr Ostdeutschen der Grenzübertritt über die „grüne Grenze“ nach Österreich.

HINTER GESCHLOSSENEN TÜREN

Neben den Nachrichten über die Demontage des eisernen Vorhangs erfolgte eine rechtlich gesehen viel bedeutendere Änderung. Am 17. März 1989 trat Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention der UNO von 1951 bei; der Beitritt wurde am 12. Juni rechtskräftig. Diese politische Entscheidung wurde durch **die Situation der ungarischen Flüchtlinge aus Rumänien** erzwungen. Die Konvention genießt Vorrang vor allen bilateralen Staatsverträgen, die über die Auslieferung von Flüchtlingen und Grenzverletzern bestimmten. Das Inkrafttreten der Konvention löste zwar die Frage der ungarischen Flüchtlinge, löste aber eine neue Krise aus: die Frage der Auslieferung ostdeutscher Grenzverletzer wurde nun zu einem komplizierten Problem der Politik und des internationalen Rechts. Die ungarische Regierung war unsicher, ob die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger als Flüchtlinge zu behandeln seien, denn beim Beitritt zur Konvention hatte sie mit dieser Folge überhaupt nicht gerechnet.

Die BRD bemühte sich, alles zu tun, um sie **unter den Schutz der Flüchtlingskonvention** zu stellen. Laut dem Standpunkt der ungarischen Regierung war zwar die Verweigerung der Reisefreiheit rechtswidrig, stellte aber keine politische Verfolgung dar. Außerdem betrachteten die Ostdeutschen Ungarn nur als Transitland, was das Recht, Asyl zu gewähren, ausschloss. Die Verhandlungen liefen während des ganzen Sommers 1989. Die Außenminister der drei involvierten Staaten, der DDR, Ungarns und der BRD, bzw. die Justizministerien der DDR und Ungarns, sowie die Staatssicherheitsdienste diskutierten über mögliche Lösungen für diese neue Situation. Die ungarischen Behörden für Inneres versuchten bei den Verhandlungen der Staatssicherheitsdienste **der Beschlussfassung auszuweichen und Zeit zu schinden**, da es in ihrem Interesse war, den Zeitpunkt einer neuen Vereinbarung bis Ende 1989 bzw. Anfang 1990 hinauszuzögern.

Am 25. August fanden im Schloss Gymnich bei Bonn **streng geheime Verhandlungen** zwischen dem westdeutschen Kanzler Helmut Kohl, dem Ministerpräsidenten Miklós Németh sowie deren beiden Außenministern statt. Über das Thema Flüchtlinge wurde nicht wie gewohnt eine diplomatische Note erstellt. Der Inhalt der Gespräche wurde für den Kanzler Helmut Kohl vom Außenminister Hans-Dietrich Genscher nachträglich aufgezeichnet. Zwischen den Gymnicher Gesprächen und dem geplanten Zeitpunkt der Ausreise der Ostdeutschen versuchte die ungarische Regierung, die wegen der Flüchtlingsfrage gereizte ostdeutsche Regierung mittels

Verhandlungen zu beschwichtigen. Mit diesem Ziel reiste auch der ungarische Außenminister Gyula Horn am 31. August für einige Stunden nach Ostberlin, wo er aber klarstellte, dass die Volksrepublik Ungarn mit Rücksicht auf die internationale Öffentlichkeit und auf ihre internationalen Verpflichtungen **keinen einzigen DDR-Bürger mit Gewalt** nach Hause schicken wird.

OSTDEUTSCHE GEHEIMDIENSTMETHODEN – DIE STASI IN UNGARN

Die spezielle Situation Ungarns zwischen den beiden deutschen Staaten lenkte natürlich **die Aktivitäten** des Ministeriums für Staatssicherheit, also **der Stasi** auf das Land. Die Führung der DDR wollte die wachsende Zahl an ostdeutschen Urlaubern ständig unter Beobachtung halten. Dies erfolgte in Ungarn, der Tschechoslowakei und in Bulgarien mit der Unterstützung der Partnerbehörden mittels sogenannter Operativgruppen. Die **Operativgruppe** der Stasi hielt sich aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Staatssicherheitsdiensten der Bruderstaaten seit 1964 in Ungarn auf. Ihre Hauptaufgabe war **die Überwachung der DDR-Urlauber** und die Aufdeckung geplanter Verbrechen, insbesondere der Vorbereitung illegaler Grenzübertritte. Ein besonderes Augenmerk wurde auf in der DDR laufend überwachte Personen während ihres Ungarnurlaubes gerichtet. Von der Operativgruppe wurden als **inoffizielle Mitarbeiter** saisonale **Spitzel** sowie Berufsoffiziere der Stasi, die ihren Urlaub am Plattensee verbrachten, eingesetzt. Eine spezielle Gruppe von IM bildeten DDR-Bürger, die sich z.B. als Studierende, als nach Ungarn entsandte Angestellte oder wegen ihrer Eheschließung dauerhaft oder langfristig in Ungarn niedergelassen hatten. Ihre Aufgaben bestand zu Anfang in der Überwachung ostdeutscher Urlauber, sie wurden aber immer öfter dazu angehalten, über **Veränderungen in Ungarn und über die öffentliche Meinung** Bericht zu erstatten. Darüber, dass Änderungen im System der Grenzüberwachung bzw. in der Praxis hinsichtlich der Auslieferung mutmaßlicher oder beim Fluchtversuch gefasster Grenzverletzer erfolgten, erfuhr die ostdeutsche Staatssicherheit erstmals von den im Frühjahr 1989 in Ungarn gefassten und dann wie gewohnt der Stasi ausgelieferten und **während der Untersuchungshaft verhörten** DDR-Bürger. Schon zu diesem Zeitpunkt erreichten Informationen aus sogenannten „inoffiziellen Quellen“, also von Spitzeln, Ostberlin schneller, als dass Ungarn über ein zuständiges Ministerium informiert hätte.

DIE GRENZÖFFNUNG

DER ABBAU DES EISERNEN VORHANGS

1970 wurde die auch für die Grenzwatche gefährliche Verminung von der sog. elektronischen Signalanlage SZ-100 abgelöst. Die Grenzsoldaten schlossen die Grenze beiderseitig ab, und die Flüchtenden hatten kaum eine Chance, weil der eiserne Vorhang auch in Ungarn mehrere hundert Meter von der Grenze entfernt im Landesinnern verlief. Selbst wer es geschafft hatte, **den Stacheldrahtzaun und die Sperranlage** hinter sich zu lassen, konnte von den Grenzsoldaten noch auf ungarischem Gebiet gefasst werden. Die ungarisch-österreichische Grenze verläuft so gewunden, dass sich Flüchtende, die schon österreichisches Gebiet erreicht hatten, manchmal unversehens wieder in Ungarn fanden, wo sie von den Grenztruppen erwartet und aufgegriffen wurden.

Ab 1988 konnten ungarische Staatsangehörige einen weltweit gültigen Pass beantragen, wodurch sich die strenge Überwachung der Westgrenze erübrigte. Fortbestand und Instandhaltung des Grenzzauns hätten außerdem bedeutende Kosten verursacht, und der Ministerpräsident Miklós Németh ließ diesen Betrag aus dem Budget streichen. Deshalb begannen 1988 die Vorbereitungen und 1989 die tatsächlichen Arbeiten zum **Abbau des eisernen Vorhangs**. Darüber wurde am 2. Mai 1989 im Rahmen einer internationalen Pressekonferenz praktisch die ganze Welt informiert – noch bevor die DDR bzw. die Stasi auf amtlichem Weg darüber in Kenntnis gesetzt worden waren.

DAS PANEUROPÄISCHE PICKNICK

Die lokalen Organisationen des Ungarischen Demokratischen Forums in Debrecen und Sopron veranstalteten am 19. August 1989 ein Picknick zwischen Steinambrückl (Sopronköhida) und Sankt Margarethen im Burgenland. Im Mittelpunkt des Ereignisses stand der Gedanke eines **Europa ohne Grenzen**, und in diesem Sinne willigten sowohl Österreich als auch Ungarn ein, für drei Stunden symbolisch einen Grenzübergang zu öffnen. Schirmherren der Veranstaltung waren Staatsminister Imre Pozsgay und Otto von Habsburg, und es wurden auf beiden Seiten der Grenze Teilnehmer erwartet. Bis heute ist nicht bekannt, wer die **deutschsprachigen, handgezeichneten Flugblätter** hergestellt und verteilt hat, die an den Tagen vor dem Picknick an den Windschutzscheiben von DDR-Autos zu sehen waren. Während der als Paneuropäisches Picknick bekannt gewordenen Veranstaltung überrannten im wahrsten Sinne des Wortes mehrere hundert Ostdeutsche die dort stationierten Grenzsoldaten und stürmten über die Grenze nach Österreich. Die Zahl der an diesem Tag geflohenen DDR-Bürger ist bis heute strittig und wird auf 4–600 Personen geschätzt. Nach dem Grenzdurchbruch beim Picknick verstärkten sich die Spannungen, und die Außenminister der drei Staaten verhandelten täglich über mögliche Lösungen.

DIE GRENZÖFFNUNG

Die Ereignisse überschlugen sich, als der Botschafter der DDR in Budapest, Gerd Vehres, am 8. September um 19.30 dem Außenministerium der DDR seinen Bericht lieferte. Das ungarische Außenministerium hatte an diesem Tage eine Note übergeben, in der es den Botschafter über den Beschluss informierte, die Grenzen zu öffnen

und dies am 10. September um 19 Uhr öffentlich anzukündigen. Die Note erklärte, die ungarische Regierung **setze am 11. September ab 0 Uhr die Paragraphen 6 und 8 des Abkommens über den visafreien Reiseverkehr mit der DDR vorübergehend außer Kraft**, gemäß denen Ungarn keine ostdeutschen Staatsangehörigen in Drittstaaten ausreisen lässt. Von diesem Zeitpunkt an **gestatte** der ungarische Staat DDR-Bürgern mit ostdeutschen Reisedokumenten die Ausreise in Drittstaaten, die sie aufnehmen bzw. durchreisen lassen. Der Entschluss wurde vom ungarischen Außenminister am Sonntag Abend in der Nachrichtensendung A Hét (Die Woche) bekanntgegeben.

Bis zum 16. September 1989 verließen gemäß der Angaben der Grenzwatche **insgesamt 14 000 DDR-Bürger Ungarn**. Die Nachricht über die Grenzöffnung breitete sich auch in der DDR aus, und es trafen laufend weitere Ostdeutsche in Ungarn ein, von denen manche die tschechoslowakisch-ungarische Grenze illegal überquert hatten. Es kam auch immer öfter vor, dass Urlauber aus Bulgarien auf ihrer Heimreise ihre Reisegruppen verließen und über Ungarn und Österreich direkt in die BRD einreisten. Nach der ersten, mit Bussen und der Eisenbahn an die Grenze transportierten Flüchtlingswelle fuhren immer mehr Ostdeutsche mit dem eigenen Wagen los. Bis Ende November reisten 60-70 000 DDR-Bürger über Ungarn in den Westen.